Resolution 3

Eigentum ermöglichen statt Hürden aufbauen – Wohneigentumsquote in zehn Jahren auf 50 Prozent steigern!

1. Ausgangslage

Wohneigentum ist eine der wertbeständigsten und greifbarsten Formen der privaten Altersvorsorge. Dennoch ist Deutschland bei der Eigentumsbildung ins Hintertreffen geraten. Nach Angaben des Statistischen Bundesamts lag die Wohneigentumsquote 2022 bundesweit bei nur 41,9 Prozent der Haushalte. 2025 lebten 52,8 Prozent der Bevölkerung zur Miete, der höchste Wert in der gesamten Europäischen Union. In Bayern liegt die Quote mit etwa 51 Prozent zwar höher, aber auch hier gilt: Wer in gefragten Lagen jung ist und Eigentum bilden will, kommt kaum noch zum Zug.

Der Unterschied ist für die Altersvorsorge erheblich. Nach Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft verfügen Eigentümerhaushalte im Schnitt über rund 590.000 Euro Nettovermögen, Mieterhaushalte nur über rund 88.000 Euro. Wer Eigentum verhindert, verschärft die Rentenlücke von morgen.

2. Warum der Weg ins Eigenheim für die junge Generation versperrt ist

Junge Menschen und Familien, die konkrete Pläne für den Erwerb von Wohneigentum haben, werden von gestiegenen Zinsen und stark gestiegenen Baupreisen ausgebremst. Dazu kommen überhöhte Baustandards, überflüssige Prüfverfahren und immer neue Nachweispflichten, die das Bauen unnötig verteuern. Für selbstgenutztes Wohneigentum gibt es zudem keine steuerliche Förderung im Rahmen der Einkommensteuer.

Hinzu kommt ein Vertrauensproblem. Wer jahrzehntelang spart und Verantwortung übernimmt, muss damit rechnen, dass das erarbeitete Eigenheim im Pflegefall oder beim Generationenwechsel zur staatlichen Zugriffsreserve wird. Das untergräbt die Bereitschaft, überhaupt in Eigentum zu investieren.

3. Eigentumsoffensive für die arbeitende Mitte

Wir fordern, die Wohneigentumsquote in Deutschland innerhalb der nächsten zehn Jahre auf mindestens 50 Prozent zu steigern! Dazu fordern wir:

Erstens eine spürbare Entlastung beim Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum, insbesondere für junge Menschen und Familien: Der erstmalige Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum soll vollständig von der Grunderwerbsteuer befreit werden.

Zweitens einen staatlich unterstützten Baukredit mit einem festen Zinssatz von rund zwei Prozent für das selbstgenutzte Eigenheim. Der Förderkredit soll auch für den

Erwerb von Bestandsimmobilien gelten und nicht an eine umfassende energetische Sanierung als Förderbedingung geknüpft sein. Die Förderprogramme sollen verlässlich und planbar ausgestaltet sein.

Drittens die rasche und rechtssichere Einführung des Gebäudetyps E sowie den konsequenten Abbau von Baustandards, die keinen Beitrag zur Sicherheit leisten, und eine Vereinfachung von Vergabe- und Ausschreibungsverfahren. Digitalisierung und Künstliche Intelligenz sollen Bauanträge und Genehmigungen beschleunigen.

Viertens eine attraktive Sonderabschreibung für neu geschaffenen Mietwohnraum, damit mehr gebaut wird und der Druck auf den Wohnungsmarkt sinkt.

Fünftens den Schutz des selbstgenutzten Eigenheims: Es darf nicht stärker zur Finanzierung von Pflegekosten herangezogen werden, und das selbst erarbeitete Familienheim darf beim Generationenwechsel nicht erneut zum Steuerfall werden. Wir halten deshalb an der Forderung fest, die Erbschaftssteuer abzuschaffen.

Wer arbeitet und vorsorgt, muss sich Eigentum auch leisten können. Eigentum darf keine Frage der Herkunft sein, sondern muss für die junge Generation wieder erreichbar werden.